

WOHLFAHRTSVERBÄNDE ALS „SCHLAFENDE RIESEN“ AUF DEM ARBEITSMARKT: NON-PROFIT-ORGANISATIONEN ALS GARANTEN DEMOKRATISCHEN GEMEINWOHLS

**Vortrag in der Veranstaltungsreihe „Arbeit und Demokratie“
Gemeinsame Kooperationsstelle RUB/IGM**

Ruhr-Universität Bochum, 30. April 2024

Fakultät für Sozialwissenschaft Ruhr-Universität Bochum (RUB)

**Wissenschaftlicher Direktor | Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und
Regionalentwicklung (InWIS) an der RUB**

- Dass zivilgesellschaftliches Engagement den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Demokratie stärkt, wird kaum bestritten. So gesehen sind die Millionen Menschen, die in Deutschland unbezahlte, freiwillige Arbeit leisten (bspw. in über 600.000 Vereinen), ein unverzichtbarer politischer **Stabilitätsfaktor**. Im Sozial- und Gesundheitssektor organisieren insbesondere die Wohlfahrtsverbände (WfV) das Ehrenamt, stellen aber auch einen Großteil der Dienstleistungsangebote bereit und vertreten schwache Interessen. Dadurch **stärken** sie ebenfalls die Demokratie, weil sie soziale Separierungen gegenüber vulnerablen Gruppen eindämmen.
- Die Zivilgesellschaft ist in Deutschland **vielfältig** organisiert, hat eine lange Tradition und umfasst ein breites Spektrum von kleinen, ehrenamtlich getragenen Vereinen und Selbsthilfegruppen, Interessenverbänden, Genossenschaften, Kirchen bis hin zu WfV. Das **Ehrenamt**, in dem sich in Deutschland fast 30 Millionen Menschen freiwillig und unentgeltlich engagieren, wird nicht nur von der Bundesregierung als ein „Motor der Demokratie“ angesehen.
- Gerade vor dem Hintergrund des Dauerkrisenmodus ist die Gestaltungskraft der gemeinnützigen Organisationen und generell des Bürgerengagements gefragt – sie sind ein Gegenmittel gegen die voranschreitende Politikverdrossenheit.

- Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sind die WfV in Deutschland die zentralen sozialen Dienstleistungsanbieter und haben sozialrechtlich eine **Vorrangstellung**. Insofern kann man von einem dual strukturierten Wohlfahrtsstaat oder von einer **Koproduktion** sozialer Dienste sprechen, die in Europa einzigartig ist.
- Der Großteil der Leistungen wird nicht auf einem freien Dienstleistungsmarkt angeboten, sondern auf einem regulierten „Quasi-Markt“: ein **Dreiecksverhältnis** zwischen öffentlichen Gewährleistungs- und Kostenträgern, Klienten und freigemeinnützigen Leistungsträgern. Die WfV organisieren sich in den sechs Spitzenverbänden Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz, der Paritätische und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden. Kennzeichnend ist der **multifunktionale Charakter** der WfV: Elemente einer assoziativen Demokratie werden vereint mit gemeinnützigen, sozialwirtschaftlichen Einrichtungen.
- Das Thema „Demokratie und Wohlfahrtspflege“ wird in den letzten Jahren vermehrt diskutiert (vgl. die Beiträge in Hummel/Timm 2020). Dies liegt auch daran, dass in den Diskursen zum Erstarken rechtspopulistischer Parteien zunehmend die Bedeutung der Erwerbsarbeit als **demokratischer Erfahrungskontext** (vgl. Honneth 2023 und Kohlrausch 2024) betrachtet wird.

- WfV sind nicht nur „schlafende Riesen“ auf dem Arbeitsmarkt, sie tragen auch zur **Stärkung der Demokratie** bei. „Die Freie Wohlfahrtspflege bietet freiwillig Engagierten die Möglichkeit, unmittelbar oder mittelbar an der Verwirklichung der Verbandsziele mitzuwirken und in unterschiedlichster Weise Verantwortung zu übernehmen. Dadurch entsteht eine Vielzahl von sozialen Netzwerken, die auch der sozialen Einbindung der Engagierten dient und oft zentrales Motiv der Mitwirkung ist. Die hierbei ermöglichte wirksame Mitgestaltung von Gemeinwesen durch die Engagierten und ihre Mitwirkung in partizipativ angelegten Entscheidungsstrukturen in den Verbänden ist darüber hinaus ein Aspekt gelebter Demokratie“ (Steinke/Bibisidis 2018, 270f).
- Zivilgesellschaftliche Organisationen sind deshalb nicht nur gesellschaftliche **Stabilitätsfaktoren**, sondern Labore für Demokratie. Vor dem Hintergrund wachsender Sorgen um den sozialen Zusammenhalt (nach den neuesten Daten des Erwerbspersonen-Panels der HBS kletterte der Anteil auf 53 %/vgl. WSI 2024) und einer nur noch „bedingten Inklusionsbereitschaft“ (Mau et al 2023, 397) breiten sich auch demokratiefeindliche Trends aus. In einer verunsicherten Gesellschaft werden deshalb die **sozialintegrativen** Funktionen sozialer Institutionen wichtiger. Bislang haben sie sich auch als „Bollwerk“ (Schroeder/Heller 2020) gegen rechtspopulistische Bewegungen und Parteien erwiesen.

- Ein großer Teil der sozialen Dienste wird in D durch WfV (strukturiert als dezentrale **Netzwerkorganisationen**) erbracht. In den über 125.000 Einrichtungen sind fast **2,1 Millionen** Personen hauptamtlich beschäftigt (rd. 1,23 Mio. in Teilzeit). In den letzten Jahrzehnten wurden die Kapazitäten deutlich erweitert und parallel stiegen die Beschäftigtenzahlen (insb. in Teilzeit). Die WfV können deshalb als „Profiteure“ des sozialen Wandels bezeichnet werden und die **Wachstumsdynamik** hält weiter an.
- In der Kinder- und Jugendhilfe stellen die wohlfahrtsverbandlichen Anbieter derzeit ca. 50% und in der Gesundheits- und stationären Altenpflege ca. 30% des Gesamtangebotes. Der größte **WfV** ist der Deutsche Caritasverband mit über 690.000 Mitarbeitenden. Sie erreichen mit ihren Angeboten (in der Kranken- und Altenpflege, Beratungsstellen etc) knapp **11 Mio. Menschen**. In den Einrichtungen der Diakonie sind fast 600.000 Mitarbeitende tätig.
- Vor diesem Hintergrund überrascht es schon, warum dieser Sektor auch in der Arbeitssoziologie derart im Schatten steht. Gerade hier lassen sich die besonderen Bedingungen der **Interaktionsarbeit** (Böhle et al 2015) gut beobachten (z. B. die besonderen Belastungen angesichts von Ökonomisierungsprozessen).

- Die Zahl der im Wohlfahrtssektor hauptamtlich Beschäftigten expandierte massiv in den letzten Jahrzehnten. Betrachtet man die freie Wohlfahrtspflege als wirtschaftliche Branche, so ist sie gemessen am Personal die **größte private**, in der rd. 5 % aller Erwerbstätigen in Deutschland tätig sind.
- Allerdings werden auch **Abweichungen** vom Normalarbeitsverhältnis bei den Sozialorganisationen seit einiger Zeit konstatiert und kritisiert: Niedriglöhne durch Ausgliederungen, Werkverträge etc. haben sich ausgebreitet. Berufsgruppen aus dem Sozialsektor klagen überdurchschnittlich über hohe Belastungen (vgl. Evans 2018) und hier liegt auch ein Grund für die **fehlenden Fachkräfte** (sh. aktuelles Gutachten Sachverständigenrat Gesundheit/Pflege 2024).
- Die **normativen Postulate** der Verbändewohlfahrt und die **Praxis** haben sich auseinanderentwickelt. Die Arbeitsbeziehungen sind fragmentiert; man kann von institutionellen Sklerosen sprechen, die bislang nicht aufgebrochen wurden (bspw. fehlende Tarifstrukturen). Nur wenn die Arbeitsbedingungen verbessert werden, kann der Sektor seine Leistungs- wie auch Demokratiepoteziale wirklich entfalten. Der derzeitige Personalmangel in der Pflege ist zwar noch kein „Triggerpunkt“ in der Öffentlichkeit, hat aber schwerwiegende **soziale Folgen** („Pflegetriage“).

- Der Dauerkrisenmodus (Corona, Ukraine-Krieg, Energiekrise etc) hat zu einer Steigerung subjektiver **Verunsicherungen** geführt und unterstützt eine ohnehin vorhandene diffuse Zukunftsskepsis. Deutsche Wähler werden im Vergleich als deutlich sicherheits- und stabilitätsorientierter gekennzeichnet (Korte 2024). Nach dem Allensbach-Institut ist das **Sicherheitsgefühl** deutlich zurückgegangen: „Während sich vor zwei Jahren noch 76 Prozent der Bevölkerung sicher oder sehr sicher fühlten, sind es aktuell nur noch 61 Prozent“ (in: FAS v. 25.2. 2024, 17).
- Aus diesen Verunsicherungen und gewachsenen Abstiegsängsten ergeben sich oft Exklusionen; es fördert Polarisierungen und ein Rückzugsverhalten, dass in der Summe zu **weniger sozialen Zusammenhalt** führt. Zudem verstärken die sozialen Ungleichheiten den Rückzug aus der Politik (und auch den Verbänden), was einen entscheidenden Einfluss auf die Demokratie hat (so weisen bspw. Wahlkreise im Ruhrgebiet bundesweit die geringste Wahlbeteiligung auf).
- Einerseits sind diese Diagnosen einer überforderten („ängstlichen“) Gesellschaft ernst zu nehmen, andererseits gibt es 2024 in den Demos auch Gegenbewegungen und wenn auch die Zivilgesellschaft unter Corona gelitten hat, ist diese noch funktionsfähig und kann mithelfen, die Demokratie zu erhalten.

- Die sozialräumlichen Abgrenzungen und Spaltungen haben sich in den letzten Jahren verfestigt. Arm und Reich, Alt und Jung, Einheimische und Zugewanderte in der Stadt rücken kleinräumig eher auseinander. **Aufstiegsmöglichkeiten** sind schlechter geworden und manche Gruppen haben die Fähigkeit und Bereitschaft verloren, am Erwerbsleben oder an Bildung aktiv teilzunehmen. Dies gilt auch für **soziales Engagement**: in vielen der „abgehängten“ Gruppen zeigt sich Passivität oder Rückzug. Die Zivilgesellschaft ist nach Corona schwächer geworden, gerade Verbände leiden unter Organisationsmüdigkeit.
- Auf die Kommunen und WfV kommen jedoch immer mehr Herausforderungen zu, die Aufgaben der Daseinsvorsorge haben sich deutlich erweitert. Obwohl „die Szenarien vor Ort besorgniserregend sind, wird die Debatte über die gegenwärtige und künftige Beziehung zwischen Markt, Staat und Leistungserbringung allenfalls zaghaft und vereinzelt geführt“ (Hohendanner et al 2024, 32f). Von grundlegenden Reformen des fragmentierten und reparaturbedürftigen Sozialstaates sind wir noch entfernt, die politische **Aufmerksamkeit** gilt derzeit anderen Themen. Aber auch die WfV und ver.di haben es nicht geschafft, den Sozialsektor bspw. durch einen flächendeckenden Tarifvertrag für die Pflege zu stärken.

- Die große Bedeutung der WfV wird in sozialwissenschaftlichen Analysen nicht hinreichend reflektiert, obwohl in allen westlichen Ländern rund die Hälfte der Staatsausgaben auf die **soziale Sicherung** entfällt und die Koproduktion prägend ist. Deshalb muss die freigemeinnützige Wohlfahrtspflege in Deutschland weitaus intensiver „vermessen“ und analysiert werden.
- Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wurde die Bedeutung öffentlicher Daseinsvorsorge neu diskutiert und wenn man in die Sozialräume und das dort agierende „soziale Kapital“ schaut, wird auch die soziale und demokratiepolitische Funktion der gemeinwohlorientierten Organisationen anschaulich.
- In neueren soziologischen Debatten werden **gemeinwohlorientierte** („fundamentalökonomische“) **Infrastrukturen**, die kollektiven Nutzen vor private Renditen stellen, als zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell und auch als Klimaschutzpolitik gesehen (Beckert 2024). Allerdings „bedürfe es einer Aufwertung von Infrastrukturen sowohl in der soziologischen Gesellschaftsanalyse als auch in der Politik eines sozial-ökologischen Wandels, die im Hinblick auf gemeinsame Infrastrukturen neue gesellschaftliche Bündnisse ermöglichen könne“ (Neckel et al 2022, 13).

- Ohne die sozialstaatlichen Transfers könnten die WfV nicht überleben, andererseits sind die staatlichen Institutionen von den verbandlichen Leistungen abhängig, denn diese können nicht kurzfristig ersetzt werden. Durch die neuen Governancestrategien **verlieren** die traditionellen Verflechtungen zwischen Verbänden und Parteien jedoch an Einfluss und es kommt zu einer **Pluralisierung** des sozialpolitischen Kräftefeldes.
- Die Einträglichkeit mancher Sozialmärkte desavouiert auch die Vorstellung, die Anbieter von sozialen Diensten könnten stets gleichzeitig die Anwält*innen ihrer potentiellen Nachfrager sein. Damit werden **Gerechtigkeitsfragen** virulent, die die etablierten Verbände in neue Rollenkonflikte bringen können, gerade wenn die alte Rhetorik beibehalten wird, während organisationspolitische Skandale in den Medien breitgetreten werden und die gesellschaftliche Verantwortung (etwa für „Care“) wieder verstärkt im privaten Raum verortet wird.
- Die zentralen Säulen des Wohlfahrtssystems stehen aber noch, sie differenzieren sich allerdings aus – mit der Gefahr zu **zerfasern**. Auch international zeigt sich eine Umorientierung auf Wohlfahrtsmärkte und Anbieterkonkurrenz, was aber nicht heißt, dass sich die Vermarktlichung der sozialen Dienste in Deutschland flächendeckend intensivieren wird, Hybridformen werden jedoch zunehmen.

- Die Politik wird schon seit Jahren mit erheblichen Steuerungsproblemen konfrontiert und insbesondere die kommunale Ebene leidet unter immer mehr Belastungen. Durch die organisierte Vernetzung mit Organisationen der Zivilgesellschaft (wie WfV oder Genossenschaften) könnten neue **Handlungsressourcen** gewonnen werden. Da ein Großteil der Bevölkerung zivilgesellschaftliche Organisationen kennt und schätzt, kann sich hierüber eine Positiverzählung, vielleicht sogar ein Zukunftsnarrativ entfalten.
- „Politische Systeme aller Art benötigen dringend kollektive Intelligenz, um ein höheres Maß an Resilienz zu erlangen. In der Praxis stellt sich daher die Frage, wie sich die Konzepte, Instrumente und Strategien politischer Entscheidungsfindung in hochkomplexen Gesellschaften verbessern lassen. Wenn das politische System die Kompetenzen und Expertisen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu seinem Vorteil nutzen würde – und diese Organisationen ihren Beitrag zur Politik aktiv anbieten würden –, wäre ein erfolgversprechender Weg eingeschlagen“ (Willke 2020, 19).
- Man kann es auch so umschreiben: „Unsere Demokratie ist auf eine partizipative, teilhabeorientierte, emanzipative Wohlfahrtspflege angewiesen, die gleichsam als Kollateralnutzen demokratisches Bewusstsein und Bedürfnis erzeugt“ (Hummel/Timm 2020, 23).

- Die **Organisationsidentitäten** vieler traditioneller Verbände schwinden dahin: auch die Mitglieder der WfV werden immer älter und jüngere Leute werden weniger mobilisiert. Die Begegnungsorte (soziale Orte) schrumpfen und die **Integrationskraft** der Zivilgesellschaft sinkt dadurch.
- Wenn auch nach wie vor freiwilliges Engagement häufig in Verbänden stattfindet, hat nach dem Freiwilligensurvey das Engagement in **individuell** organisierten Gruppen an Bedeutung gewonnen. Wichtiger als die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu ist die Koppelung der freiwilligen Tätigkeit an eigene Erfahrungen und Fähigkeiten. Dieses „neue“ Engagement geht deutlich über die Mitgliedschaftsgrenzen der „alten“ Sozialorganisationen hinaus.
- Insgesamt zeichnet sich eine **Heterogenisierung** der zivilgesellschaftlichen Landschaft ab, parallel zu den oft von Mitgliederverlusten geprägten Interessenverbänden (aber auch Kirchen) breiten sich spezialisierte neue Gemeinschaftsformen aus. In diesem Kontext sind Quartiersnetzwerke, digitale Nachbarschaftsplattformen, aber auch über soziale Medien inszenierte Hilfegruppen einzuordnen. Allerdings sinkt in letzter Zeit der zivilgesellschaftliche **Gestaltungsoptimismus** (vgl. Blühdorn 2024)

- Arbeiterwohlfahrt, Paritätischem Wohlfahrtsverband und die Diakonie Deutschland haben Ende 2023 die Ergebnisse einer Umfrage vorgelegt, an der sich mehr als 2.700 gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen beteiligt haben. Der Befund: „Viele soziale Angebote in ganz Deutschland drohen vollständig wegzubrechen, da gestiegene Kosten finanziell nicht ausreichend kompensiert werden können. Trotz steigender Nachfrage mussten vielerorts bereits Angebote und Hilfen eingeschränkt bzw. reduziert oder sogar ganz eingestellt werden. Darüber hinaus drohen kurzfristig weitere Kürzungen ihrer Einnahmen“. Ulrich Christofczik (Diakonie Duisburg) spricht von einer akuten Gefährdung der Versorgungssicherheit und einer „**Pflege-Triage**“.
- Die Warnungen, dass sich hier eine „Katastrophe für die soziale Infrastruktur anbahne“ sind nachvollziehbar (wie auch die Appelle an die Politik), allerdings haben diese Befürchtungen im politischen Raum **wenig Resonanz** ausgelöst. Die Notwendigkeit öffentlicher Infrastrukturen und Basisversorgungen wird zwar immer wieder symbolisch beschworen, aber in der Realität wachsen sogar eher soziale Polarisierungen, denn die Wohlhabenden können die Defizite durch private Dienstleistungen (sei es in der Bildung oder der Gesundheit) ausgleichen, während andere Gruppen darauf angewiesen sind. Nicht umsonst wird vor einem sozialen Kollaps (etwa in der Pflege) gewarnt.

- Generell stehen zivilgesellschaftliche Organisationen durch gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse (Ökonomisierung, Individualisierung, Digitalisierung etc.) vor großen Herausforderungen. In einer „Gesellschaft der Singularitäten“ (Reckwitz) sind sozioökonomische und kulturelle Differenzen **überwindende Solidarformen** schwieriger zu realisieren, weil das Streben nach Einzigartigkeit im Vordergrund steht.
- Der damit verbundene und schon länger zu beobachtende Rückzug vieler Individuen aus kollektiven Zusammenhängen (sei es aus Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen oder Vereinen) wurde durch das Corona-Virus weiter verschärft. Wenn gesellschaftliche Verunsicherungen anwachsen, schwindet der **gesellschaftliche Zusammenhalt**, wenngleich tiefgehende gesellschaftliche Spaltungen bislang nur in einzelnen Feldern zu beobachten sind (vgl. Mau et al 2023, Bertelsmann Stiftung 2024). Empirische Studien (z. B. der Ehrenamtsatlas NRW 2022) verweisen aber auf zurückgehende Zeitkontingente für soziales Engagement.
- Eine Strategie des „Weiter-so“ stößt deshalb an Grenzen, organisatorisches Lernen und Innovationen sind auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert, um die Inklusionsfunktion zu erfüllen – gerade vor dem Hintergrund, dass in Deutschland die Zahl der „**Veränderungerschöpften**“ angewachsen ist.

- Die zivilgesellschaftlichen Verbände stehen derzeit vor der Herausforderung, die sozialen Polarisierungen und Ängste abzufangen und gleichzeitig Hilfe zu leisten. Organisationsintern zeigen sich dabei **Risse** zwischen den „Bewahrern“ und „Aktivisten“, die den Wirkungsverlust wahrnehmen und neue Wege suchen.
- Eine assoziative Demokratie lebt von der Erneuerung und erfordert lernbereite Organisationen. Dieser **Mut zum Wandel** ist aber in Deutschland nicht besonders ausgeprägt; Korte (2024, 196) konstatiert einen mangelnden Zumutungsmut, über die auch die „brüchige Demokratiezufriedenheit“ wieder stabilisiert werden könnte: „Wir sind veränderungsfähig, aber mehrheitlich nicht veränderungsbereit“.
- Wenn auch der Status der WfV (auch wegen ihrer Arbeitsbedingungen) nicht mehr unumstritten ist, heißt dies nicht, auf ihre Leistungs- und Demokratiepoteziale verzichten zu können. Es kommt aber zu einer Debatte um grundlegende Ordnungsleistungen und Effizienzen, was auch zu einer **Neustrukturierung** der Ressourcen von Staat, Wohlfahrtsverbänden, Markt und Bürgerengagement führen wird. Deshalb müssen die Verbände in den Transformationsdiskursen um eine neujustierte Staatlichkeit (Heinze 2020) stärker präsent sein, wenn sie nicht nur Zuschauer bleiben wollen.

- In den letzten Jahren hat sich die institutionelle Infrastruktur der Zivilgesellschaft erweitert und pluralisiert. Integrative Netzwerke sind gewachsen und können mithelfen, **demokratische Werte** zu erproben und zu stabilisieren. Die WfV werden ihre Vorrangstellung behalten, sich aber auf mehr Wettbewerb und Evaluationen einstellen müssen. Sie erfüllen als **inklusive**, die Teilhabe fördernde Institutionen weiterhin sozialintegrative Funktionen – sowohl als beschäftigungspolitische „Riesen“ als auch mit Blick auf das Ehrenamt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (auch wenn die moralischen Handlungsstrukturen schrumpfen).
- Um die Gestaltungspotenziale einer demokratischen Zivilgesellschaft zu nutzen, sind auch die politischen Parteien gefragt, nicht nur rhetorisch Bürgerengagement zu loben, sondern **institutionelle Unterstützungsinfrastrukturen** und soziale Beziehungen zu stärken. Erforderlich ist eine „gesteuerte Politik der inklusiven Transformation“ (Korte 2024, 197), die die in Deutschland ausgeprägte Sehnsucht nach Sicherheit bedienen kann. Nur so können die Lernorte der Demokratie erhalten werden und zudem zum gesellschaftlichen Umbau angesichts der Klimakrise beitragen.

- Backhaus-Maul, H./Heinze, R. G., 2023: Anpassung und Selbstbehauptung. Entscheidungsoptionen der Freien Wohlfahrtspflege, in: Blätter der Wohlfahrtspflege H. 3/2023, S. 86ff
- Böhle, F., Stöger, U., Wehrich, M., 2015: Interaktionsarbeit gestalten. Vorschläge und Perspektiven zur humane Dienstleistungsarbeit, Berlin
- Beckert, J., 2024: Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin
- Bertelsmann Stiftung, 2024: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023, Gütersloh
- Blühdorn, I., 2024: Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin
- Evans, M., 2018: Der „Faktor Arbeit“ macht den Unterschied: Die Governance sozialer Dienstleistungsarbeit und die Institutionalisierung von Arbeitgeberverbänden im deutschen Pflegemarkt, in: Heinze, R.G./Lange, J./Sesselmeier, J., (Hg.), Neue..., a. a. O., S. 155ff
- Heinze, R. G., 2020: Gesellschaftsgestaltung durch Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt, Wiesbaden
- Heinze, R. G./Schupp, J., 2022: Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation, Wiesbaden
- Heinze, R. G./Lange, J./Sesselmeier, W. (Hg.), 2018: Neue Governancestrukturen in der Wohlfahrtspflege. Wohlfahrtsverbände zwischen normativen Ansprüchen und sozialwirtschaftlicher Realität, Baden-Baden
- Hohendanner, C./Rocha, J./Steinke, J., 2024: Vor dem Kollaps!? Beschäftigung im sozialen Sektor, Berlin/Boston

- Honneth, A., 2023: Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit, Berlin
- Hummel, K./Timm, G. (Hg.), 2020: Demokratie und Wohlfahrtspflege, Baden-Baden
- Kohlrausch, B., 2024: Demokratie in Arbeit, WSI Kommentar (Nr. 001/2024)
- Korte, K.-R., 2024: Wählermärkte, Frankfurt/New York
- Mau, S./Lux, T./Westheiser, L., 2023: Triggerpunkte, Berlin
- Neckel, S./Degens, P./Lenz, S. (Hg.), 2022: Kapitalismus und Nachhaltigkeit, Frankfurt/New York
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen und in der Pflege, 2024: Fachkräfte im Gesundheitswesen, Berlin
- Schroeder, W./Heller, L., 2020: Wohlfahrtsverbände und rechtspopulistische Herausforderungen, in: K. Hummel/G. Timm (Hg.), Demokratie und Wohlfahrtspflege, a.a.O., S. 189ff
- Streeck, W., 2019: Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: Foundational Economy Collective (Hg.), Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin, S. 7ff
- Willke, H., 2020: Zum Problem der Steuerung komplexer Politikfelder. Über Kosten und Nutzen hoher Komplexität am Beispiel von Gesundheit und Bildung, in: P. Reinbacher/J. Oberneder/A. Wesenauer (Hg.), Warum Komplexität nützlich ist. Auf der Suche nach Antworten mit Helmut Willke, Wiesbaden, S. 9ff
- WSI, 2024: Erwerbspersonenpanel der Hans-Böckler-Stiftung. Nach vier Jahren multipler Krisen: Deutsche Gesellschaft „verunsichert, aber nicht erschüttert“ (PM v. 3.4. 2024)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Prof. Dr. Rolf G. Heinze
Ruhr-Universität Bochum/InWIS



0234/32-25494



Rolf.Heinze@rub.de und Rolf.Heinze@inwis.de



<https://www.sowi.ruhr-uni-bochum.de/lehre/soziologie/heinze/heinze.html.de>